



Missbrauch von Kindern: Das Internet bietet auch neue Chancen der Strafverfolgung!

NRW wurde in den zurückliegenden Monaten von zwei erschreckenden Missbrauchsverfahren erschüttert, die offenbart haben, welche Dimension das Problem des sexuellen Missbrauchs von Kindern und das Herstellen und Verbreiten von Kinderpornografie mittlerweile hat. Das Internet erweist sich dabei als Fluch und Segen zugleich. Zum einen bietet es den Tätern nahezu uneingeschränkte Möglichkeiten, inkriminiertes Material zu tauschen und zu speichern. Auf der anderen Seite bieten IT-Spuren die Möglichkeit, eine Kriminalität, die sich bislang vor allem im Dunkelfeld bewegt hat, ans Tageslicht zu holen, die Täter zu ermitteln und die Opfer vor weiterer Pein zu bewahren. Diese Chance muss die Polizei konsequent nutzen!

Der Deliktsbereich Kindesmissbrauch hat sich in den vergangenen Jahren massiv verändert. Wir haben es nicht mehr mit Tätern zu tun, die ihre Befriedigung darin sehen, Tausende von Bildern und Videos zu sammeln und sich im Laufe der Zeit über den Bildkonsum zu enthemmen und womöglich selber einen Missbrauch ausüben. Nein, die Täter benötigen heute neues Material, um überhaupt eine Eintrittskarte in die Foren zu erhalten und an die Datentöpfe mit Bildern und Videos zu gelangen. Die Täter müssen deshalb selber einen Missbrauch begehen und davon Bilder und Videos produzieren. Jeder Konsument von Kinderpornografie ist deshalb selbst ein potenzieller Kindesmissbraucher und muss auch so verfolgt werden.

Neue Ermittlungsmethoden notwendig

Dass die Dimension des Kindesmissbrauches neue Bekämpfungsansätze erfordert, zeigt ein Blick nach Nordamerika: In den USA sind die IT-Firmen verpflichtet, jeden Hinweis auf Sexualstraftaten und Kinderpornografie zu melden. Diese Meldungen gehen beim sogenannten NCMEC (National Center for Missing and Exploited Children) ein. Spuren,

die nach Deutschland führen, gehen von dort ans BKA und werden über die Staatsanwaltschaft den örtlichen

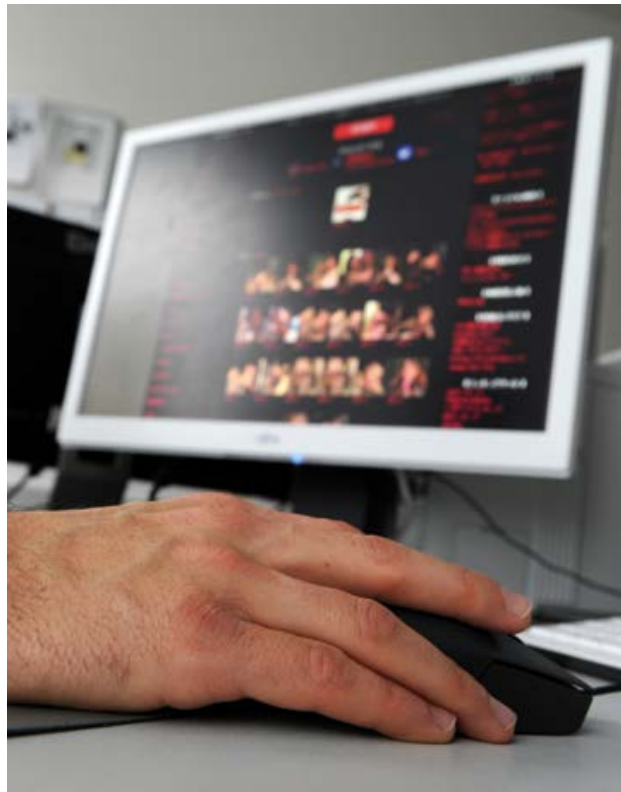


Foto: Tobias Hage/dpa

zuständigen Behörden zugeleitet. Das führt dazu, dass heute ein Großteil der Ermittlungsverfahren in Deutschland fremdinitiierte Verfahren sind, denn weder in Deutschland noch in Europa gibt es bislang eine

vergleichbare Pflicht zur Meldung von Verdachtsfällen. Das ist aber dringend erforderlich, damit Deutschland nicht zu einem Eldorado für Kinderschänder wird.

Ein dringender Handlungsbedarf besteht auch deshalb, weil die Ermittler aufgrund des rasanten technologischen Wandels mit immer größeren Datenmengen konfrontiert sind. Je mehr die Speichermöglichkeiten wachsen, umso größer werden die Probleme, die Beweismittel zu sichern und auszuwerten. Eine reine Durchsicht der sichergestellten Daten mit konventionellen Methoden ist längst an ihre Grenzen gestoßen. Wir brauchen deshalb intelligente technische Lösungen, die es den Ermittlern ermöglichen, einen Großteil des inkriminierten Materials zu detektieren, Straftäter und Opfer zu identifizieren und ihnen das Material zuzuordnen.

Zudem muss kritisch hinterfragt werden, ob die Polizei bislang richtig aufgestellt ist, um das Phänomen Kindesmissbrauch erfolgreich zu bekämpfen. Bislang wurden die damit befassten Beamten oft alleingelassen, vor allem im Hinblick auf die enormen Datenmengen. Selbst Arbeitsrückstände von über einem Jahr wurden in Kauf genommen.



Personelle Stärkung der Ermittlerteams nur der erste Schritt

Innenminister Herbert Reul ist es hoch anzurechnen, dass er die Probleme zu seinem persönlichen Anliegen gemacht hat. Durch das Einsetzen einer Landesarbeitsgruppe und die Einrichtung der direkt bei ihm angebotenen Stabsstelle hat er die Bekämpfung des Kindesmissbrauchs zu einem Schwerpunkt der Polizeiarbeit in NRW gemacht. Dazu gehört auch die Verdoppelung des Personals für diesen Deliktbereich in den Kreispolizeibehörden. Die Verfahren in Lüge und der BAO Berg zeigen aber auch, dass diese Maßnahmen nur ein erster Schritt bei der Bekämpfung des Kindesmissbrauchs sein können, dem weitere Schritte folgen müssen. Aus Sicht der GdP sind dabei folgende Maßnahmen vorrangig:

- Die vom Innenministerium auf den Weg gebrachten ersten technischen Innovationen zur Sichtung und Aufarbeitung der bei diesem Deliktfeld anfallenden Datenmenge müssen jetzt konsequent weiterent-

wickelt werden. Das darf nicht am Geld scheitern.

- Ermittler und IT-Experten, die in diesem Deliktfeld eingesetzt sind, müssen nicht nur intensiv psychologisch betreut werden, sondern sie brauchen auch eine Arbeitsumgebung, in der sie mit anderen Kolleginnen und Kollegen über ihre Belastungen reden können. In vielen kleineren Behörden ist das kaum zu gewährleisten. Deshalb stellt sich die Frage, ob der Phänomenbereich Kindesmissbrauch wirklich in allen 47 Kreispolizeibehörden bearbeitet werden soll. Auch in Behörden, in denen ein Austausch mit anderen Ermittlerinnen und Ermittlern, das Aufgefangenwerden im Team und eine angemessene Betreuung nur schwer gewährleistet werden kann?
- Hinzu kommt, dass größere Organisationen viele kriminalistische und organisatorische Vorteile bieten, gerade wenn es um die Ermittlungen von Tatzusammenhängen und Serienstraftaten geht, und um den Einsatz modernster Technik.

„Bei der Bekämpfung des Phänomens Kindesmissbrauch stehen wir erst am Anfang. Wir müssen damit rechnen, dass die Missbrauchsfälle von Lüge und von Bergisch Gladbach nicht die einzigen spektakulären Fälle bleiben werden, auf die die Polizei in den kommenden Monaten und Jahren stoßen wird“, sagt der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Michael Maatz. „Deshalb müssen die strukturellen Veränderungen bei der Polizei, die eine nachhaltige Verfolgung der Täter erst möglich machen, schnell in Angriff genommen werden.“ Vorrangig ist aus Sicht der GdP neben den geforderten Gesetzesänderungen auch eine Intensivierung der Schulungsmaßnahmen für die Ermittler in den Spezialdienststellen. „Für den ‚ersten Angriff‘ brauchen wir auch die Angehörigen der K-Wachen und der Flächenkommissariate. Noch wichtiger ist aber, dass wir die Kolleginnen und Kollegen in den Spezialdiensten intensiv fortbilden. Hier gibt es deutlichen Nachholbedarf“, betont Maatz.

Eine Meldepflicht wie in den USA ist überfällig!



Der Kindesmissbrauch und der Handel mit kinderpornografischen Bildern sind lange unterschätzt worden. Auch von der Polizei. Das beginnt sich endlich zu ändern. Aber wenn wir den Sumpf der Kinderschänder wirklich trockenlegen wollen, braucht die Polizei die Rückendeckung der Politik.

Erfahrene Ermittler wissen längst, dass jeder Täter, der kinderpornografische Bilder erwirbt, selbst ein potenzieller Missbrauchstäter ist. Deshalb müssen alle, die kinderpornografisches Material besitzen und verbreiten, genauso hart bestraft werden, wie die Täter, die selbst Kinder missbraucht haben.

Aber die Politik muss noch mehr tun. Sie muss endlich dafür sorgen, dass beim Kindesmissbrauch der Datenschutz nicht länger zum Täterschutz wird. Wir brauchen dringend die gleiche Meldepflicht für Verdachtsfälle von sexuellem Missbrauch und Kinderpornografie, wie es sie in den USA bereits seit Langem mit großem Erfolg gibt. Denn es ist unerträglich, dass die Täter nur deshalb bei uns unerkannt bleiben und weiter Kinder missbrauchen können, weil sie ihre Taten in Deutschland und nicht in den USA verüben.

Und die Politik darf die Ermittler bei ihrer extrem belastenden Arbeit nicht länger alleinlassen. Dringend erforderlich sind nicht nur eine regelmäßige Supervision, zusätzliche Ruhepausen und Rückzugsräume sowie angepasste Arbeitszeiten, sondern auch zusätzliche Dienstfreitage, damit die bei der Bekämpfung des Kindesmissbrauchs eingesetzten Kolleginnen und Kollegen auch mal Abstand zu ihrer extrem belastenden Arbeit gewinnen können. Und wir brauchen endlich eine Technik, mit der die Ermittler den Tätern nicht immer hinterherhinken.

Ohne deutlich mehr Geld ist das alles nicht zu haben. Aber das Geld muss die Politik bereitstellen, wenn sie ihrem Lippenbekenntnis, dem Handel mit kinderpornografischen Bildern und Videos, endlich den Boden zu entziehen, ernst meint.

Michael Mertens
Landesvorsitzender der GdP



Funktionszuordnung unverzüglich anpassen!

Der Polizei stehen in diesem Jahr 300 zusätzliche Stellen in A 12 sowie weitere 150 zusätzliche Stellen in A 13 zur Verfügung. Das sieht der Haushaltsplan für 2020 vor, über den der Landtag – nach dem Redaktionsschluss dieser Ausgabe – am 18. Dezember in dritter Lesung endgültig beraten hat. Die DP hatte bereits in der Dezember-Ausgabe berichtet.

Folgt der Landtag den Plänen der beiden Regierungsparteien CDU und FDP, ist der mehr als zwei Jahrzehnte alte Deckelungsbeschluss, durch den die Stellen für die Spitzenfunktionen im gehobenen Dienst künstlich auf dem damals erreichten Stand eingefroren worden sind, endgültig vom Tisch. Trotz dieser positiven Entwicklung hat das Innenministerium allerdings noch nicht entschieden, wie die zusätzlichen Stellen in A 12 und A 13 gehobener Dienst auf die verschiedenen Funktionen und Arbeitsbereiche der Polizei verteilt werden sollen.

Aus Sicht der GdP muss diese Frage dringend geklärt werden, damit die neuen Beförderungsmöglichkeiten auch ausgesprochen werden können. Die GdP erwartet deshalb, dass das Innenministerium unverzüglich einen Vorschlag macht, wie die bestehende Funktionszuordnung an die neuen Rahmenbedingungen angepasst wird. Denn ohne eine Aktualisierung der Stellenprofile an die dienstliche Wirklichkeit sind eine Stärkung von Fachkarrieren und eine gerechte Angleichung aller Führungsfunktionen schon aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Hinzu kommt, dass bereits im Juni die nächste Beurteilungsrunde ansteht. Über die Änderung der Funktionszuordnung muss vorher entschieden werden. „Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen, die schon länger auf ihre längst überfällige Beförderung warten, müssen endlich erfahren, welche Aufstiegschancen ihnen die Polizei bietet“, betonte deshalb GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens bei seinen Gesprächen mit der Spitze des Ministeriums.

Wie ebenfalls bereits in der DP berichtet, will das Land die zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten nach A 12 und A 13 zum Teil durch eine Reduzierung der Stellen in A 11 finanzieren. Wegen der faktisch nicht mehr bestehenden Wiederbesetzungssper-



re und des Anstiegs der Pensionierungen werden in diesem Jahr trotzdem mehr Aufstiegsmöglichkeiten nach A 11 zur Verfügung stehen als im vergangenen Jahr. Die GdP geht nach internen Berechnungen für 2020 von mehr als 1500 Beförderungsmög-

lichkeiten nach A 11 aus. Sie drängt darauf, dass alle Stellen gleichmäßig auf die Direktionen Gefahrenabwehr und Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung, Verkehr und Zentrale Aufgaben verteilt werden.

Modularer Aufstieg auf 16 Funktionen erweitert

Mehr als 80 Fehlstellen gibt es im höheren Dienst bei der Polizei in NRW. Diese Lücke wird in den nächsten Jahren sogar noch größer, weil auch im höheren Dienst die Gruppe der Beamten, die die Pensionsgrenze erreichen, sprunghaft steigt. Um das Fehlen nicht noch größer werden zu lassen, fordert die GdP seit längerer Zeit, dass das Innenministerium nicht nur mehr Kolleginnen und Kollegen zum Studium an der DHPol zulässt, sondern auch qualifizierten Beamten des gehobenen Dienstes, die bereits Führungserfahrung haben, aber für ein Studium an der DHPol zu alt sind, einen prüfungserleichterten Aufstieg in den höheren Dienst ermöglicht.

2019 ist das Innenministerium dieser Forderung erstmals nachgekommen und hat elf Funktionen

für den sogenannten modularen Aufstieg zugelassen. In diesem Jahr wird diese Möglichkeit auf Drängen der GdP auf 16 Funktionen erweitert. Interessenten, die von der neuen Möglichkeit des Aufstiegs in den höheren Dienst Gebrauch machen wollten, mussten sich bereits bis Ende Dezember bewerben. Bewerbungsvoraussetzung waren u. a. eine Bewertung mit fünf Punkten im Gesamtergebnis und eine vorausgegangene Dienstzeit von mindestens drei Jahren in der Besoldungsgruppe A 13.

Für die GdP ist der modulare Aufstieg ein wichtiges Instrument, um ein Ausbluten des höheren Dienstes zu verhindern. Sie drängt darauf, dass diese Möglichkeit in den nächsten Jahren weiter ausgebaut wird.

Disziplinarbevollmächtigte: Exklusiv für GdP-Mitglieder!

Polizistinnen und Polizisten arbeiten oft in Konfliktsituationen, in denen andere überfordert sind. Nicht selten sehen sie sich anschließend mit Vorwürfen konfrontiert, sie hätten sich selber nicht korrekt verhalten oder hätten unverhältnismäßig reagiert – auch dann, wenn an den Vorwürfen nichts dran ist! Denn für viele Menschen, die mit der Polizei in einen Konflikt geraten sind, gehören unbegründete Vorwürfe gegen die Polizei längst zur Verteidigungsstrategie.

Damit kein Betroffener in dieser Situation alleingelassen wird, hat die GdP in NRW ein dichtes Netz von Disziplinarbevollmächtigten aufgebaut, die allen Kolleginnen und Kollegen, gegen die ein Disziplinarverfahren läuft, zur Seite stehen. Unabhängig davon, ob die Vorwürfe berechtigt sind oder nicht.

Jedes Jahr betreuen die Disziplinarbevollmächtigten der GdP mehr als 100 Kolleginnen und Kollegen, gegen die aus unterschiedlichen Gründen ein Verfahren des Dienstherrn läuft. Sie achten darauf, dass die Betroffenen ein faires Verfahren bekommen, und stehen ihnen auch menschlich zur Seite. Ein Service, den es so nur bei der GdP gibt. Und das bereits seit mehr als 30 Jahren!

Dass die GdP-Bevollmächtigten auch bei den Juristen in den Polizei- und den Aufsichtsbehörden sowie bei den Verwaltungsrichtern als kompetente Vertreter der Betroffenen anerkannt sind, zeigt sich immer wieder. So zuletzt bei der Jahrestagung der Disziplinarbevollmächtigten Anfang November auf Schloss Gimborn. Mit Oberregierungsrat Jan Kieseheuer, Teildezernatsleiter 51.1 beim LAFP, und Regierungsamtmann Andreas Kilian konnte Dirk Melz, Sprecher des Netzwerkes der GdP-Disziplinarbe-

vollmächtigten in NRW, gleich zwei führende Vertreter der Koordinations- und Aufsichtsbehörde für alle Disziplinarangelegenheiten im Land NRW als Referenten begrüßen. Als weitere Experten haben zudem der Vorsitzende Richter bei der 2. Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, Dr. Stefan Barden, und der Fachanwalt für Straf- und Verwaltungsrecht, Christoph Arnold, an der DO-Tagung teilgenommen.

Neben den Auswirkungen der aktuellen Rechtsprechung auf das Disziplinarrecht haben sich die Teilnehmer der Tagung in diesem Jahr schwerpunktmäßig mit der Bewertung außerdienstlicher Dienstvergehen und mit dem Thema Schuldfähigkeit im Disziplinarrecht auseinandergesetzt. „Die Arbeitstagung zeichnet sich vor allem durch ihr hohes rechtswissenschaftliches Niveau mit verständlichem Praxisbezug aus“ – so lautete am Ende das einhellige Urteil der Teilnehmer. GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens, der ebenfalls an der Tagung teilgenommen hat, erinnerte zudem an den besonderen Einsatz der DO-Verteidiger. „Disziplinarverfahren belasten die Betroffenen sehr. Deshalb ist es wichtig, einen in jeder Hinsicht kompetenten Partner an seiner Seite zu haben!“, betonte er.



Ärzte und Krankenhäuser können in Zukunft direkt abrechnen

Wer als Beamter privat krankenversichert ist, muss im Krankheitsfall in Vorkasse treten, bevor die Beihilfestelle ihren Anteil an den erbrachten Leistungen erstattet. Vor allem bei teuren Eingriffen ist das oft problematisch. Das Finanzministerium plant deshalb, dass Ärzte und Krankenhäuser ihre Leistungen in Zukunft direkt mit der Beihilfestelle abrechnen können. Zudem soll die Beihilfefähigkeit von medizinischen Hilfsmitteln nach Anlage 3 der Verordnung ausgeweitet werden. Auch die sogenannten IGeL-Leistungen sowie förderwürdige Gesundheits- und Präventionskurse sollen beihilfefähig werden.

Die GdP hat die geplante Reform der Beihilfeverordnung grundsätzlich begrüßt. Neben einzelnen Leistungsverbesserungen führt die Reform für die Betroffenen zu einer erheblichen Vereinfachung des Beihilfeverfahrens. In ihrer Stellungnahme zur geplanten Reform weist die GdP allerdings auch darauf hin, dass einige ebenfalls notwendige Verbesserungen im Entwurf des Finanzministeriums nicht berücksichtigt worden sind. Dazu gehören insbesondere:

- die Erhöhung der Grenze für die „wirtschaftliche Unselbstständigkeit“. Die aktuelle Grenze von 18 000 Euro entspricht im Wesentlichen dem Wert aus den 1980er-Jahren. Sie muss daher dringend erhöht werden,
- die Verlängerung der Verjährungsfrist nach § 13 Abs. 3 BVO analog der im neuen Dienstrecht geltenden Grenze auf drei Jahre und
- die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale.



Die ersten 20 Seiten sind schon online

Nichts wandelt sich so schnell wie das Internet. Ende des vergangenen Jahres hat der Landesbezirk NRW deshalb für den Internetauftritt der Kreisgruppen ein neues Websystem (CMS) eingeführt, das nicht nur transparenter ist als der bisherige Auftritt der GdP im WorldWideWeb, sondern das sich auch deutlich schneller und komfortabler bedienen lässt.

Statt des bisher genutzten Sliders, bei dem die aktuellen News auf der Startseite im Wechsel angezeigt werden, sind alle Beiträge jetzt chronologisch hintereinander angeordnet. Die aktuellen Termine, Positionen und die News des Landesbezirks stehen in einem eigenen Bereich in der Randspalte. Vor allem aber ist der neue Internetauftritt responsiv, sodass sich die Seiten in Zukunft problemlos auch von jedem Smartphone oder Tablet aus öffnen lassen. Neue Inhalte lassen sich von dort aus auch jederzeit auf die Homepage einstellen, damit die neuen Seiten immer aktuell sind.

Gestartet wurde das neue Websystem Ende November mit einer zweitägigen Webredaktorskonferenz in der Sportschule Kamen-Kaiserau, an der fast 50 ehrenamtliche Webredakteure aus ganz NRW teilgenommen haben. Die ersten 20 Kreisgruppenseiten sind seitdem bereits auf das neue Webdesign umgestellt worden, darunter zum Beispiel die Kreisgruppen Kleve, Essen/Mülheim, Mönchengladbach, Neuss, Düsseldorf, Münster und der Rhein-Erft-Kreis. Auch

die Kreisgruppe LKA, deren Seite bislang mithilfe eines anderen Websystems programmiert worden ist, nutzt das neue CMS des Landesbezirks. Alle anderen Kreisgruppen sollen nach und nach folgen.

Auch der Internetauftritt des Landesbezirks soll in absehbarer Zeit auf das neue Websystem umgestellt werden. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass auch die anderen Landesbezirke und der Bundesvorstand sich für die Einführung des neuen Websystems entscheiden, das bereits in NRW genutzt wird. Denn nur so kann sichergestellt werden, dass die GdP auch in Zukunft im Internet mit einem gemeinsamen Erscheinungsbild auftritt.

Zu erreichen sind die 55 Kreisgruppen in NRW in Zukunft unter der einheitlichen URL: www.gdprnw.de/KREISGRUPPENNAME. Für Düsseldorf also: www.gdprnw.de/duesseldorf.



Anzeige

W.I.S. Event + Service GmbH

Wir suchen für hochwertige und abwechslungsreiche Aushilfstätigkeiten auf dem Gelände der Koelnmesse ehemalige oder pensionierte Polizeibeamte des Landes / Bundes

Weitere Informationen unter:
www.wis-sicherheit.de/karriere

Ihr Ansprechpartner:
E-Mail: m.hechler@wis-sicherheit.de
Tel.: 0221 - 989 453 31



Mecky kommentiert Kommentare

Mittlerweile tummeln sich auf den Social-Media-Kanälen des Landesbezirks Tausende GdP-Mitglieder sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger. So sind es auf Facebook aktuell 5860, auf Instagram fast 2000 Abonnenten und Follower. Mit steigenden Abonentenzahlen wächst auch die Interaktionsrate: Viele Nachrichten, die den Landesbezirk früher per E-Mail erreichten, werden heute direkt via Facebook, Instagram oder Twitter gesendet. Auch die Kommentarfunktion auf den Social-Media-Kanälen der GdP NRW wird rege genutzt: Hier finden nicht nur kontroverse Diskussionen zu aktuellen Themen und zur Gewerkschaftspolitik statt, sondern es werden auch Fragen an die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes,

insbesondere an den Vorsitzenden des Landesbezirks Michael Mertens, gestellt. Um auf die Kommentare, Fragen und die Kritik ausführlich eingehen zu können, hat der Landesbezirk im August die neue Videoreihe „Mecky kommentiert Kommentare“ gestartet. Seitdem nimmt sich Michael Mertens einige Themen und Fragen aus dem jeweils letzten Monat vor und kom-

mentiert diese. In der aktuellen Ausgabe geht es um die Aufhebung des Deeskalationsbeschlusses, die Kritik an der Deeskalationsstrategie sowie zu milde Urteile für Angriffe auf Kolleginnen und Kollegen.

Die Videoreihe „Mecky kommentiert Kommentare“ ist sowohl auf Facebook und Instagram als auch auf YouTube abrufbar.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 42
vom 1. Januar 2020

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Februar-
Ausgabe ist der 8. Januar 2020.**

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 60
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: pinguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 2.1. Erna Maria Steiner, Moers
- 7.1. Alfred Machny,
Königswinter
- 9.1. Gisela Krings, Alsdorf

91. Geburtstag

- 12.1. Maria Balzer, Nieheim
- 16.1. Bernhardine Wieskus, Essen
- 17.1. Heinz Georg Rüdell, Krefeld
- 21.1. Erika Krokowski, Bottrop

92. Geburtstag

- 9.1. Margarete Lips, Wülfrath

93. Geburtstag

- 3.1. Hermann Radloff, Düsseldorf
- 4.1. Ruth Heidkamp, Minden
- 10.1. Maria Zensen, Rheinbach
- 13.1. Paul Sander, Dortmund
- 22.1. Rudi Besser, Köln
Hermann Hartmann,
Mönchengladbach

- 24.1. Heinz Winterstein, Buchholz
- 26.1. Gerhard Tamschick, Schwelm

94. Geburtstag

- 6.1. Elfriede Rochhold, Selm
- 23.1. Lotte Franzen, Duisburg

95. Geburtstag

- 10.1. Hans Scheidung, Krefeld
- 12.1. Elisabeth Engelhart,
Wuppertal
- 13.1. Johann Odenthal, Wangels
- 24.1. Manfred Zosel, Köln

98. Geburtstag

- 11.1. Werner Korf, Münster
- 13.1. Josef Nowak, Herne
- 24.1. Leo Kowalski, Dortmund

99. Geburtstag

- 22.1. Marianne Matheus, Hanau

100. Geburtstag

- 9.1. Gertrud Voessing, Essen
- 18.1. Helene Fritsching, Unna

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.





20. Jubiläums- Bundesseniorenreise

13. bis 27. September 2020
4,5* Flamingo Grand Hotel & Spa
Albena / Bulgarien

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab verschiedenen deutschen Flughäfen
- Zug zum Flug Ticket (DB) in der 2.Klasse
- Transfer vom Flughafen zum Hotel und zurück
 - 14 Übernachtungen in Studios
 - All Inclusive
 - Gala Abend anlässlich des Jubiläums
 - Begleitung durch den GdP-Reiseservice

Reisepreis pro Person im Doppelzimmer
ab € 1.129,-

Bitte fordern Sie die ausführliche Ausschreibung an oder
besuchen Sie uns auf unserer Internetseite www.gdp-reiseservice.de.

GdP-Service GmbH
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf
0211/29101 -60
www.gdp-reiseservice.de





Bei der Polizei zu arbeiten, ist mehr als nur ein Job. In kaum einem anderen Beruf gibt es so viele freundschaftliche Kontakte zu den eigenen Kolleginnen und Kollegen. Oft weit über das eigene Berufsleben hinaus. Deshalb treffen sich viele Senioren in der GdP regelmäßig, um über die neuesten Entwicklungen bei der Polizei zu diskutieren, sich über aktuelle Beihilfe- und Versorgungsfragen auszutauschen oder um gemeinsam einen netten Nachmittag zu verbringen.

In 33 der 54 Kreisgruppen, in denen es einen eigenen Seniorenvorstand gibt, treffen sich die älteren GdP-Mitglieder sogar regelmäßig. Wann und wo die Treffen der Seniorengruppen in diesem Jahr stattfinden, steht im beiliegenden Seniorenkalender.

GdP aktiv

15.1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Mettmann, 14:00 Uhr, KP/B, Raum 134, Adalbert-Bach-Platz 1, Mettmann, mit Kaffee & Kuchen

23.1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Heinsberg, 14:30 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Str. 3, Hückelhoven-Hilfarth

28.1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 15:00 Uhr, Berghäuser Hof, Hattinger Str. 121, Schwelm

6.2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 14:30 Uhr, Liegenschaft Norbertstraße 165 (ehemalige Polizeischule), großer Sitzungssaal, Essen

10.2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Münster, 14:00 Uhr, Polizeipräsidium, Raum 120, Friesenring 43, Münster

13.2., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Gelsenkirchen, 13:30

Uhr, Michaelshaus, Hochstr. 47, Gelsenkirchen. Markus Robert aus dem Polizeihauptpersonalrat berichtet über aktuelle Entwicklungen bei der inneren Sicherheit in NRW.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Kleve

15. Januar, 15:00 Uhr, Neujahrskaffee mit Ehrungen der Jubilare, Hotel Litjes, Pfalzdorfer Straße 2, 47574 Goch

Kreisgruppe Köln

16. Januar, 14:00 Uhr, Informationstreffen der Seniorengruppe Köln, Pfarrsaal St. Georg, Georgstraße 2-4, 50676 Köln, Referentin Anna Nerckorn, Fa. Rahm-Zentrum für Gesundheit, Thema: „Im Alter selbstständig und mobil zu sein ist das A und O – welche Hilfemittel können mich im Alltag unterstützen?“

Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Januar erhalten einen Thalia-Gutschein im Wert von 35,00 Euro.

45 11384, Recklinghausen

45 94581, Heinsberg

45 58774, Hochsauerlandkreis

Im Februar erhalten die Gewinner einen Douglas-Gutschein im Wert von 35,00 Euro.

Das ganze Jahr mit der GdP was erleben, das verspricht der Eventkalender für 2020. Mit Kollegen, Freunden und der Familie tolle Aktionen, Veranstaltungen und Vorteile nutzen. Ob als Team an einem spannenden Turnier im Eisstockschießen teilnehmen, ein rasantes Kartrennen fahren oder einen Spieleabend mit Kollegen unter dem Motto „Back to the roots“ – für jeden Geschmack ist etwas dabei. Der traditionelle Familientag der GdP findet 2020 in der Zoom Erlebniswelt in Gelsenkirchen statt und verspricht viel Spaß und einen tollen Tag. Der Eventkalender ist ab Januar auch über die örtliche Kreisgruppe erhältlich.



NACHRUFE

Franz Josef Zwingmann	14.05.1949	Aachen	Helene Hoever	24.10.1924	Krefeld
Rudolf Holz	11.08.1937	Bochum	Klaus Dieter Spring	18.07.1966	Krefeld
Heinz Battenfeld	29.03.1939	Bochum	Joachim Leu	22.01.1948	LKA
Bert Kluth	08.02.1952	Bonn	Franz Fester	16.03.1926	MärkischerKreis
Rolf Deutsch	15.07.1938	BZ Erich Klausener	Helmut Orth	19.07.1937	Minden-Lübbecke
Hans-Joachim Daute	25.12.1958	Düsseldorf	Herbert Hesse	04.09.1946	Neuss
Fritz Wettstein	20.01.1922	Düsseldorf	Gertrud Reiners	15.01.1921	Neuss
Hans-Jürgen Beck	18.08.1953	Essen/Mülheim	Peter Langkabel	02.06.1938	Oberbergischer Kreis
Falk Kähne	16.08.1943	Gütersloh	Hermann Piepenbrock	27.11.1936	Paderborn
Willi Engel	11.01.1940	Gütersloh	Ingrid Rasberger	21.02.1935	Recklinghausen
Horst Bullenda	09.10.1940	Hagen	Manfred Oesting	01.11.1933	Recklinghausen
Walter Gierling	08.06.1950	Innenministerium NRW	Anna Bortz	05.09.1935	Recklinghausen
Wilhelm Arians	18.10.1923	Kleve	Johannes Franzpötter	26.12.1922	Warendorf
Lieselotte Pauluhn	12.12.1919	Köln	Peter Korff	27.03.1936	Wesel
Klaus Winzig	03.01.1935	Krefeld			

